

Presseinformation

31. März 2020

DK-Statement als Reaktion auf Bundesfinanzminister Scholz wegen Corona-Krediten



Zu den Äußerungen von Bundesfinanzminister Scholz, die Banken sollten bei Corona-Krediten Fünfe gerade sein lassen (Quelle: dpa) äußert sich Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), diesjähriger Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft, wie folgt:

"Banken und Sparkassen in Deutschland leisten derzeit einen historisch unvergleichlichen Kraftakt, um den Unternehmen bei der Kreditvergabe zu helfen. Sie bündeln in der personellen Unterstützung ihre Kräfte und arbeiten in Taskforces und Sonderschichten, leisten derzeit eine Kundenberatung, die an Intensität ihresgleichen sucht. Allerdings können Banken und Sparkassen nicht von der Aufsicht vorgegebene Anforderungen oder ihre kaufmännische Sorgfalt über Bord werfen. Dies wäre kontraproduktiv und nützt weder Unternehmen noch den Bürgern. Es würde auch nicht zur Finanzmarktstabilität beitragen. Die Bundesregierung ist gefordert, Unternehmen auch über weitere Maßnahmen als die Vergabe von Krediten, die sie später wieder zurückzahlen müssen, zu unterstützen. Die

Kontakt

Cornelia Schulz
Für die Deutsche Kreditwirtschaft Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecherin
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Steffen Steudel
Für die Deutsche Kreditwirtschaft Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecher
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Dr. Kerstin Altendorf
Bundesverband deutscher Banken e.V.
Pressesprecherin
Tel. +49 30 1663-1250
kerstin.altendorf@bdb.de

Sandra Malter
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V.
Tel. +49 30 8192-164
sandra.malter@voeb.de

Stefan Marotzke
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
Pressesprecher
Tel. +49 30 20225-5110
stefan.marotzke@dsgv.de

Dr. Helga Bender
Verband deutscher Pfandbriefbanken e. V.
Tel. +49 30 20915-330
bender@pfandbrief.de

Presseinformation

Wirtschaft braucht noch mehr Rückendeckung und umfassendere steuerliche Erleichterungen."